

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsranklassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Pettzelle 1,50 Mark. Verbandsachen 50% Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b^{III}

Verleger: Amt Neustich Nr 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen.

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 45 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 6. November in Händen der Redaktion sein.

Das Resultat der zweiten Sitzung für den Handwerkstarif.

Alle Anträge, die eine Versetzung verschiedener Orte in eine niedrigere Lohnklasse bezweckten, wurden abgelehnt. Güstrow und Weklar wurde in die dritte Ortsklasse hinaufgesetzt.

Eine Lohnerhöhung konnte nicht erzielt werden. Die Unternehmervertreter beriefen sich darauf, daß das Lohnabkommen formell nicht gekündigt sei. Es ist aber den örtlichen Tarifinstanzen überlassen, sich örtlich wegen sofortiger Lohnzulagen zu verständigen. Die Arbeitsgemeinschaften sollen sofort verhandeln.

Im Auftrage der Gehilfenvertreter kündigte Kollege Blum das Lohnabkommen zum 31. Dezember 1920. Mitte Dezember werden die Parteien und das Tarifamt erneut zu Beratungen zusammentreten.

Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Die Tarifverhandlungen in der Treibriemenbranche.

Der alte Tarifvertrag mit den Ledertreibriemen-Fabrikanten war uns von den Fabrikanten zum 1. Oktober gekündigt worden, vermutlich um einen Lohnabbau bei Schaffung eines neuen Tarifes durchsetzen zu können. Der Termin zur Verhandlung über den neuen Tarif zog sich bis Ende Oktober hinaus. Um zu verhindern, daß mit Ablauf des alten Vertrages, also 1. Oktober, bis zur Neuschaffung eines Vertrages eine tariflose Zwischenzeit entstand, wurde beschlossen, den alten Tarifvertrag zunächst zu verlängern, mit der Maßgabe, daß in allen Fällen höhere Löhne ab 1. Oktober nachgezahlt werden müssen, wenn die Verhandlungen erhöhte Tariflöhne ergeben.

Die Verhandlungen haben nunmehr am 27. und 28. Oktober in Berlin stattgefunden und haben auch zum Neuaufschluß eines Tarifvertrages geführt. Geführt wurden die Verhandlungen direkt zwischen den beiderseitigen Organisationen ohne Unparteiischen unter dem Vorsitz der beiderseitigen Vorsitzenden. Es war ein hartes Ringen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Mehr als einmal standen die Verhandlungen vor dem Abbruch und noch in letzter Stunde schien der Abschluß des neuen Vertrages zu scheitern. Wenn es trotzdem gelang, endlich zu einer Verständigung zu gelangen, so deshalb, weil beiderseits der ernste Wille bestand, für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Treibriemenindustrie tarifvertragliche Grundlagen zu schaffen.

Als wesentlichste Streitpunkte bestanden neben der Lohnhöhe vor allem die Ortsklasseneinteilung, die Hilfsarbeiterfrage und die Bemessung der Ferien. Am alten Tarif wurde die Zuteilung zu einer bestimmten Ortsklasse von der Größe des Ortes abhängig gemacht. Die Zahl der Einwohner (über oder unter 100 000, 50 000 oder 20 000) entschied über die Höhe der Ortszulage. Diese Einteilung mußte zu größten Ungerechtigkeiten führen, weil heute die Höhe der Lebenshaltungskosten nicht von der Größe des Ortes abhängig ist. Sehr oft ist der Lebensunterhalt in kleineren Industriestädten ebenso teuer, wenn nicht teurer, wie in einer Großstadt. Am bestimmten Industriestädten besteht überhaupt kein Unterschied zwischen Groß- und Kleinstädten. Darum mußte die alte Einteilung fallen und einem System weichen, das den örtlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Nach harten Auseinandersetzungen ist ein Weg gefunden. Es war natürlich unmöglich, für alle Treibriemenorte die Ortsklasseneinteilung sofort vornehmen zu können, denn es sollen ja gerade die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse jedes einzelnen Ortes entscheidend für die Ortsklasseneinteilung sein. Darum ist die Entscheidung in die Hand des neuen Tarifamtes gelegt. Dieses soll schleunigst in 3 bis 4 Wochen an der Hand der von den einzelnen Orten zu beschaffenden Unterlagen die Zuteilung der Orte beschließen. Die Löhne sind gültig rückwirkend vom 1. Oktober. Daher müssen nach erfolgter Ortsklasseneinteilung die Löhne nachgezahlt werden. Sicher wäre es uns allen angenehmer gewesen, wenn die Ortsklasseneinteilung gleich anschließend an die Tarifverhandlungen erfolgt wäre. Dies ließ sich aber nicht durchführen, wenn eine wirklich zweckmäßige Arbeit geleistet und Ungerechtigkeiten vermieden werden sollten. Es muß nunmehr Aufgabe des schleunigst zu wählenden neuen Tarifamtes sein, diese Aufgabe so schnell wie möglich zu erledigen.

Der Gehaltslohn setzt sich wie bisher zusammen aus Grundlohn, Ortszuschlag und Zulagezuschlag. Nebenstehend geben wir den Ge-

samtmindestlohn. Für elf Orte, die sich durch besonders teure Verhältnisse auszeichnen, wurde sofort der neue Lohn festgesetzt, da diese Orte noch durch besondere Lohnzuschläge aus den ordentlichen Lohnklassen herausgehoben wurden. Alle anderen Orte verteilen sich je nach den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen auf folgende vier Ortsklassen:

Mindestlohn pro Stunde

Ortsklasse	gelernte Sattler		Hilfsarbeiter	
	üb. 20 J.	unt 20 J.	üb 20 J.	unt 20 J.
I	5,20	4,55	4,55	3,77
II	4,60	4,08	4,08	3,33
III	4,30	3,78	3,78	3,12
IV	4,—	3,50	3,50	2,90

Zu diesem Mindestlohn kommt für elf Orte ein weiterer Zuschlag, so daß der Mindestlohn pro Stunde beträgt für Berlin, Hamburg und Köln:

Ortsklasse	gelernte Sattler		Hilfsarbeiter	
	üb. 20 Jahr.	unt 20 Jahr.	üb. 20 Jahr.	unt. 20 Jahr.
I	5,90	5,05	5,05	4,17
II	5,75	4,95	4,95	4,07

Für Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim, Düsseldorf, Duisburg, Aachen, Essen und Mülheim a. Ruhr:

Bereits bestehende höhere Löhne bleiben bestehen.

Die obigen Löhne sind Mindestlöhne und sollen auch als solche gelten. In vielen Fällen erklären Unternehmer, die festgesetzten Mindestlöhne seien nun auch Höchstlöhne; ja es ist vorgekommen, daß einige Unternehmer erklärten, die Zahlung höherer Löhne an qualifizierte Arbeiter sei eine Tarifverletzung. Uns lag darum an einer zweifelstreuen Feststellung, daß die vereinbarten Löhne als Mindestlöhne anzusehen seien. Die Unternehmervertreter haben daher zu Protokoll erklärt, daß auch sie der Auffassung seien, daß es sich um Mindestlöhne handle und daß der höheren Entlohnung derjenigen Arbeiter, die über den Durchschnitt leisten, nichts im Wege stehe. Der alte gewerkschaftliche Grundlohn, daß qualifizierte Arbeiter über die festgesetzten Mindestlöhne hinaus zu entlohnen sind, muß auch bei den Treibriemen allgemeiner durchgeführt werden.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Hilfsarbeiterfrage ein. Die Industrie beschäftigt neben den gelernten Sattlern sehr viel angelernte Arbeiter. Diese erwerben im Laufe der Zeit dieselbe Geschicklichkeit in der Arbeit, wie der gelernte Sattler, sei es als Teilarbeiter für bestimmte Teilarbeiten, sei es in anderen Betrieben für alle Arbeiten, die für den Riemenmacher in Frage kommen. Bisher bestand der tarifliche Puffstand, daß diese Hilfsarbeiter, die teils den besten Facharbeitern in der Arbeit gleichstanden, trotzdem den Lohn als Hilfsarbeiter bezogen. Einsichtige Unternehmer haben die höheren Löhne für Facharbeiter be-

zahl, andere hingegen klammerten sich an die Tarifbestimmungen. Der Bezirksschlichtungsausschuß in Hamburg hatte bereits für seinen Bezirk einen Spruch gefällt, der für angelernte Hilfsarbeiter einen Lohn zwischen dem des Sattlers und dem des Hilfsarbeiters vorsah. Nunmehr ist diese Frage für das ganze Vertragsgebiet durch den neuen Vertrag geregelt, und zwar erhalten:

Alle Hilfsarbeiter, die länger als drei Jahre im Gewerbe (nicht etwa im einzelnen Betrieb) tätig sind, den Zwischenlohn, also den Lohn, der in der betreffenden Ortsklasse je nach Alter genau zwischen dem Lohn des gelernten Sattlers und dem des Hilfsarbeiters liegt.

Diejenigen Hilfsarbeiter, die alle Arbeiten eines gelernten Sattlers ausführen, auch dann, wenn sie nicht Montagetarbeiten ausführen können, erhalten aber hinfert den vollen Sattlerlohn, wenn sie drei Jahre im Gewerbe tätig sind.

Manschettenpresser, die länger als ein Jahr tätig sind, erhalten Sattlerlöhne.

Bei Spinnerei-Artikeln und technischen Lederartikeln ist der Lohn wie bei der Riemenfabrikation zu regeln.

Hiermit sind wir in der Hilfsarbeiterfrage ein gut Stück weiter gekommen, wenn auch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt sind. Es wird nunmehr Sorge unserer Kollegen sein müssen, daß überall, wo für Hilfsarbeiter die Voraussetzungen für den Bezug der Facharbeiterlöhne vorliegt, dieser auch durchgeführt wird.

Besonders hart gingen die Verhandlungen um die Urlaubsgewährung, und fast wäre an dieser Frage der Tarifvertrag überhaupt gescheitert. Was die Unternehmer nach langen Verhandlungen boten, stellt nur eine ganz geringe Verbesserung der bisherigen Urlaubsbedingungen dar. Dabei waren diese im alten Vertrag mehr als bescheiden und blieben erheblich hinter dem zurück, was wir und andere Verbände längst in anderen Verträgen festgelegt haben. Es soll Urlaub gewährt werden nach einjähriger Tätigkeit im Betrieb ein Tag, steigend jedes Jahr um einen Tag bis zu sechs Arbeitstagen, so daß nach sechsjähriger Tätigkeit sechs Ferientage gewährt werden.

Weiter wurde festgelegt, daß der Unternehmer hinfert sämtliche Werkzeuge stellt, also auch das bisher von uns selbst gehaltene kleine Werkzeug.

Der Vertrag gilt rückwirkend vom 1. Oktober 1920 bis zum 30. September 1921. Die Löhne gelten erstmalig bis zum 31. Dezember 1920 und von da ab immer einen Monat weiter, wenn nicht eine Aenderung von einer der beiden Organisationen beantragt wird.

Dieses ist in groben Zügen der Inhalt der zweitägigen Tarifverhandlungen. Keiner der teilnehmenden Arbeitervertreter ist von dem Geschaffenen befriedigt. Oft haben wir in den beiden Tagen vor der Frage gestanden, ob nicht die Verhandlungen scheitern müßten. Wir haben dann weitere Quasistände erhalten. Und so haben sich auch in der Schlussabstimmung die Vertreter entschieden, den Vereinbarungen zuzustimmen, weil auch wir für das Gewerbe die tarifvertragliche Regelung nicht entbehren können und wollen.

Ganz abgeschlossen liegt der neue Vertrag natürlich erst vor, wenn das neue Tarifamt in einzelnen Tagen die Punkte der einzelnen Orte zu den Ortsklassen beschlossen haben wird. Für die Kollegen und Kolleginnen der Branche aber heißt es jetzt, die neuen Bestimmungen überall reiflich durchzusehen.

Gründung eines Reichsverbandes der Leder- und Polstermöbelfabrikanten.

Unter der Regie des in Leipziger Kollegenkreisen nicht ganz unbekanntem Herrn Kurt Hertel hatte sich in Leipzig vor einiger Zeit eine Anzahl Ledermöbelfabrikanten zu einer Gruppe vereinigt. Auch in Hamburg, Berlin und anderen Orten scheinen sich solche Gruppen gebildet zu haben. Am Sonntag, den 29. August, hatten sich nun in Leipzig im Hotel

Metropol die Vertreter der Branche auf Anregung der Leipziger eingefunden, um einen Reichsverband zu gründen. Herr Hertel begründete die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Interessenten der Branche. Es sei ein großer Fehler gewesen, daß der Verbandstag des Tapezierererbundes in Dresden die Verschmelzung mit dem Sattlerbund abgelehnt habe. Die Unternehmer wären nach dieser Richtung immer etwas fürsichtig, nur geschloffen könne man etwas erreichen. Die Tapezierer- und Sattlergehilfen hätten sich zu einem großen Einheitsverband zusammenschließen. Er wies dann auf die Bedeutung der Außenhandelsstelle hin. Schon diese brennende Frage hätte gerügt, um einen engen Zusammenhluß herbeizuführen. Am 9. März und 3. April sind von Leipzig an die Außenhandelsstelle zwei Anträge gerichtet worden, diese wurden erst nach persönlicher Vorprache am 15. August bewilligt. Das und mehr müsse man sich gefallen lassen, weil die Geschlossenheit der Interessenten fehlt. Den jetzigen Kommissar bei der Außenhandelsstelle, Herrn Möbelfabrikanten Fleischmann, will Herr Hertel befeitigt wissen. Herr Hertel brüstete sich dann damit, daß es in Leipzig gelungen sei, den Gehilfenlohn von 7,50 M. auf 6 M. herabzudrücken. Herr Hertel hätte bei dieser Gelegenheit auch ruhig an die Vertreter der 129 Leder- und Polstermöbelbetriebe, die in Leipzig zusammengekommen waren, die Mahnung richten können, nach dem Auslande nicht solche Schundarbeit zu liefern. Daß man sie aufgetrennt in der Schweiz öffentlich ausstellt, mit der Bezeichnung: „Das ist deutsche Arbeit!“

Recht würde in einer Sitzung der Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie an die Hersteller von Exportware die Mahnung gerichtet, keine Schundarbeit zu Schleuderpreisen nach dem Auslande zu liefern und dadurch die deutsche Arbeit als Schmutzkonkurrenz verfaßt zu machen. Ebenso die Mahnung, lieber Qualitätsarbeit zu liefern und anständige Preise zu fordern, die wenigstens annähernd dem ausländischen Geldwert entsprechen. Es wurde den Arbeitgebern auch ganz besonders dringend gesagt, daß in Deutschland die Löhne im Vergleich zu den Löhnen im Auslande viel zu niedrig sind, daß z. B. ein holländischer Arbeiter nach unserem Gelde 200 M. täglich verdient. Herr Hertel aber brüstet sich damit, daß in Leipzig der Lohn von 7,50 M. auf 6 M. herabgedrückt worden sei. Dabei weiß Herr Hertel sehr genau, daß in Leipzig weder die Affordarbeit — noch die Lohnfrage bisher geregelt ist. Die Leipziger Kollegen sehen zurzeit in einer Unruhebewegung gegen die Treiber dieses einstigen Verbandkollegen, der jetzt als Kleinmeister den Schatzmacher spielen will.

Glauben diese Unternehmer etwa, daß die hohen Löhne der Arbeiter, die nicht einmal ausreichen, das notwendige Existenzminimum zu bestreiten, den schlechten Geschäftsgang verschulden, über den man allgemein und insbesondere auf dieser Tagung der Leder- und Polstermöbelfabrikanten geklagt hat?

Dasselbe Lied wie Herr Hertel hat auch der Hamburger Vertreter, Herr Zimmermann, gesungen. Auch er behauptet, daß in Hamburg die Löhne von 8,50 M. auf 7 M. heruntergedrückt wurden. Wolff-Berlin forderte zum Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz auf, unter der gerade die Berliner sehr zu leiden hätten! Dann befandete Herr Heubels-Bierlein, es sei vorgekommen, daß sich zwei bis drei Leute zusammen, einen Posten Lederlaufen, Möbel fabrizieren und nach Holland verkaufen. Die Fabrikanten hätten vereinbart, an solche Leute kein Material mehr abzugeben. Dadurch sei diese Konkurrenz jetzt verschwunden. Auch sei man sich darüber einig geworden, sich gegenseitig keine Deute mehr wegzugangieren.

In Hamburg gehören der Ortsgruppe 30 Ledermöbelbetriebe an, in Berlin 84, d. h. Herr Ebert-Berlin bemerkte hierzu, die letzteren hätten sich bereit erklärt, beizutreten. Bemerkenswert ist noch, was Herr Hertel u. a. in seinem Schlusswort sagte. Wegen Abwanderung der Gehilfen nach anderen Orten fordert er, die Arbeitgeber sollten Verträge abschließen, wonach Gehilfen, die irgendwo abgehen, bei der Konkurrenz nur Beschäftigung finden, wenn sie einen schriftlichen Ausweis beibringen.

Das ist allerdings sehr wichtig und erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Denn selbstverständlich soll ein solcher Ausweis nur dazu dienen, mißliebige Gehilfen von der Arbeit auszuschließen.

Außerdem will Herr Hertel Konventionalstrafen einzuführen wissen, wenn einzelne Firmen die Beschlüsse nicht halten.

Bezüglich der Tariffage ist man für Einführung einfacher Rahmentarife über ganz Deutschland, in denen die Grundzüge festgelegt sind, die dann den einzelnen Orten angepaßt werden.

Ferner will man die Gehilfen veranlassen, die Affordarbeit wieder zuzulassen! Für die Wiedereinführung bestehe große Wahrscheinlichkeit! —

Herr Zimmermann-Hamburg beantragte Schaffung von Nicht- bzw. Einheitspreisen in der Leder- und Polstermöbelbranche zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzkonkurrenz. Als Richtlinien sollen dabei dienen für Wiederverkäufer ein Verdienst von 83% Proz., Vertriebskosten 20 Proz. und die Umsatzsteuer.

Im allgemeinen ist aus den Verhandlungen der Vertreter der Ledermöbelfabrikanten zu entnehmen, daß der Zusammenschluß in erster Linie gegen die Arbeitnehmer sich richtet. Daß man auch alle anderen Interessen wahrnehmen will, ist eine Selbstverständlichkeit. Der neue Verband erhielt den Namen: „Reichsverband der Leder- und Polstermöbelfabrikanten Deutschlands. Sitz Leipzig“. 1. Vorsitzender ist Kurt Hertel-Leipzig, 2. Vorsitzender Paul Gierler-Berlin, dritter Vorsitzender Zimmermann-Hamburg; 1. Kassierer Köhler-Leipzig; 1. Schriftführer Ernst Wille-Leipzig; Beisitzer Ahmert, Nothke, Schwarz-Gannover, Heubels-Bierlein.

Dieser Zusammenschluß der Ledermöbelbranche, denn um diese handelt es sich, kommt reichlich postfestum. Nach dem Weltkrieg war eine wahrsinnige Hochkonjunktur in der Ledermöbelbranche ein, die alles bisher Erlebte übertraf und zum zweiten Male wohl sobald nicht wiederkommt. Zurzeit dürfte wohl in der Hauptsache für die Ausfuhr produziert werden, denn im Inlande ist das kaufkräftige Publikum wohl bereits übersättigt. Bei der niedrigen Valuta kann also die Ausplünderung Deutschlands durch die Ausländer ihren Fortgang nehmen!

Die Arbeiter haben aber die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, um ihrer selbst und ihrer Familien willen diesen Ausverkauf nicht noch dadurch zu verschlimmern, daß sie ihre ohnehin unzureichenden Löhne noch weiter herabdrücken lassen. Die Unternehmer müssen dazu veranlaßt werden, deutsches Gut nicht an das Ausland zu verschleudern und den deutschen Namen nicht durch Schmutzkonkurrenz herabzumwürdigen. Sie sollen und müssen ihren Preisen den Franz-, den Gulden- und Dollarwert zugrundelegen. Sie müssen versuchen, wenigstens annähernd Weltmarktpreise zu fordern und zu erhalten.

Alle sachverständigen Wirtschaftspolitiker und Regierungsvertreter stimmen darin überein, daß dies unbedingt notwendig ist. Die Außenhandelsstelle wird Wert darauf legen müssen, Ausfuhrscheine nur nach sorgfältiger Prüfung von Qualität und Preis der Ware zu erteilen.

Man kann einwenden, daß dadurch die Aufträge des Auslands ausbleiben und die Arbeitslosigkeit noch größer werden müsse, dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß ein Verkauf zu Schleuderpreisen nicht von langer Dauer sein kann und keine dauernde Gesundheit unseres Wirtschaftslebens bringt, sondern in kurzer Zeit einen so größeren Rückschlag. Wir müssen den Dingen auf den Grund sehen und uns nicht durch den Schein eines vermeintlichen Wirtschaftsaufschwunges über die Wirklichkeit hinwegtäuschen.

Zu erwähnen ist noch, daß der Vertreter des Zentralausschusses der Leipziger Arbeitgeberverbände, Herr Berg, einen Vortrag über aktuelle Fragen vor der Konferenz hielt. Den geistigen Horizont dieses Vortrages erkennt man schon aus der Behauptung, daß die Arbeitgeber infolge der enorm hohen Löhne schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen hätten. Ueber Tarifverträge, Schlichtungsausschuß, Urlaubsfrage und Pfuscharbeit hat Herr Berg anerkennend auch allerlei krause Ausführungen gemacht. Der Urlaub würde vielfach dazu benutzt, um einer Nebenbeschäftigung nachzugehen. Es sei deshalb ein Schutzgesetz notwendig, daß Arbeiter, die Nebenbeschäftigung verrichten, zu der oft Handwerkszeug und Material vom Meister genommen wird, entlassen werden.

Man sucht in diesen Kreisen vergeblich nach wirklichem Verständnis für die tatsächlichen Verhältnisse. Die Leute sehen nur das rein Neugierliche, die Symptome, ohne nach den Ursachen der ganzen Misere lange zu forschen. Und leider muß es gesagt werden, viele verschließen ihre Augen geistlich der Wahrheit, sie wollen gar nicht sehen.

Die Kohlenfrage.

Der große Bergarbeiterausstand, von dem die Radikalen den Anfang der Weltrevolution erwartet hatten, ist in England mit einer Lohnzulage von 2 Schilling erledigt worden. Es hat sich wieder gezeigt, daß die Verlußtifizieren, die ein solcher Preisstreik der Volksgesamtheit aufbürdet, ungeheuer groß sind. Wenn das Unternehmertum diese Bewegung mit 2 Schilling Lohnerhöhung bewältigen konnte, so beweist das nur, wie gering das Verständnis für die Lage der Weltwirtschaft in den Kreisen der englischen Arbeiterklasse noch ist. In England liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besser als in allen anderen Kulturländern. Auch dort herrscht Arbeitslosigkeit und Krise, kein Mensch ist in seiner

Existenz gesichert. Ob Sieger oder Besiegter im Weltkrieg, die Völker insbesondere die Arbeiter, befinden sich überall in einer elenden Lage. Selbstredend kann die Lage eines Volkes in seiner Gesamtheit durch solche Massenpreise nicht gefördert werden. Sie sind aber notwendig, solange den Arbeitern nicht das notwendige Existenzminimum gewährt wird.

In Deutschland wird jetzt der Kampf um die Sozialisierung zunächst der Kohle entbrennen. Die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes scheint ernstlich mit einer Befreiung des Ruhrgebietes durch Truppen der Entente zu rechnen, eine Besprechung hat stattgefunden und beschlossen, eine Abordnung nach dem Ruhrgebiet zu senden, um sich dort zu informieren.

Die Kohlenfrage, das bedeutet den Kampf um die Kohlenvorräte der Welt. Der Besitz der Kohlenfelder dieser Erde ist heute der ausschlaggebende Machtfaktor für den Kapitalismus überhaupt. Und wir müssen darauf gefaßt sein, daß der Machtkampf schon recht bald beginnen wird.

Machen wir uns klar, daß die Kulturländer dieser Erde schon alle mehr oder weniger Industrieerzeugnisse, und soweit es noch nicht der Fall, auf dem kürzesten Wege dazu sind. Industrielle Tätigkeit ist aber angewiesen auf Maschinenkraft, das heißt Betriebskraft, also Kohle und immer wieder Kohle. Heute ist Kohle wertvoller wie Gold für die Menschheit, denn Transport, Eisenbahn und Schiffahrt, Handel und Verkehr hängen von und stehen still, wenn die Kohlen ausbleiben.

Was auf den heutigen Tag treibt das Privatkapital Raubbau mit allen Naturerschätzen dieser Erde, die für die gesamte Menschheit eine Lebensgrundlage sind, deren sparsame Verwendung im Allgemeininteresse unbedingt gefordert und durchgeführt werden muß. Erze und Kohle sind die Naturprodukte, um deren Besitz sich vornehmlich die Kapitalisten bekämpfen, für welchen Kampf letzten Endes die Völker geblutet haben und wie es dem Anschein hat noch weiter bluten sollen.

Nach neueren Schätzungen sind in unserer Erde noch Kohlenmengen in Millionen Tonnen vorhanden; 7 194 185; das schließt aber nicht aus, daß durch Erschließung neuer Kohlenfelder diese Mengen sich bedeutend erhöhen. Wie lange diese Kohlenmengen hinreichend sind, um der Menschheit als Kraftquelle für Industrie, Verkehr und Hausbedarf zu dienen hängt natürlich davon ab, ob man sparsam oder verschwenderisch damit umgeht. Man hat berechnet, daß in 1000-1200 Jahren die bekannten Felder erschöpft sein müssen.

Weil nun erwiesenermaßen der Privatkapitalismus in der zahnstochernden rücksichtslosesten Weise Raubbau mit allen Naturerschätzen getrieben hat, die doch für alle Menschen da sind, muß ihnen dies jenseit unmöglich gemacht werden.

Alle Probleme, andere billigere Kraftquellen als Kohle der Menschheit dienstbar zu machen, haben sich bisher als unzulänglich erwiesen. Wind- und Wasserkraft sind Notbehelfe, weil sie zeitweilig ganz versagen. Man hat Probleme erforscht um Ebbe und Flut als Kraftquelle der Menschheit dienstbar zu machen, keines hat bisher befriedigt und es ist sehr fraglich, ob es jemals so gelöst wird, daß die Kohle dadurch ersetzt wird.

Daß die englische Regierung dem Streik der Bergarbeiter eine tiefere Bedeutung beigemessen hat, beweist schon, daß der Ausnahmestand beschlossen wurde, der beim geringsten Anzeichen, daß ein ernstlicher Kampf entbrennen konnte, verhängt werden sollte. In Deutschland soll der Kohlenbergbau verstaatlicht resp. sozialisiert werden, in welcher Form, ist noch nicht bekannt das soll erst die angehende Gesetzgebung zeigen. Am Rhein stehen die Heere der Entente bereit, um gegebenenfalls sofort in unsere Kohlengebiete einzufallen. Das sollten sich auch jene klarmachen, die da glauben, alles Heil der Zukunft von Moskau erwarten zu müssen. Der Kapitalismus ist international und er verkehrt sich darauf, gemeinsame Interessen solidarisch gegen das arbeitende Volk wahrzunehmen. Wahrzunehmen ohne alle Rücksicht auf irgend etwas, was sich diesen Interessen feindlich entgegenstellt. Nichts, weder Religionen noch sonstige Bedenken kommen in Betracht, der Kapitalismus flürmt und schreitet über die Leichen von Hunderttausenden, von Millionen. Wir müssen uns das klarmachen, weil es sehr wohl denkbar ist daß anlässlich der Gesetzesvorlage, die die deutsche Regierung angekündigt hat, der Stein ins Rollen gebracht wird. Es handelt sich darum den ersten Schritt zu tun, um den Privatkapitalisten die Kohlenwirtschaft zu entreißen und dadurch die Macht der Ausbeuter entscheidend zu brechen.

Wenn alle künftige Entwicklung der Menschheit hängt ab vom Besitz der Kohle. Der Kampf um die Kohle wird aber nicht allein in Deutschland, sondern in der ganzen Welt geführt

werden. Überall sehen die Bergarbeiter im Vortreffen des Kampfes, der uns alle angeht. Es gilt den wenigen Privatkapitalisten das Bestrecht zu entreißen daß sie sich angemacht haben an den Naturerschätzen unserer Erde, die der gesamten Menschheit gehören.

Die gesamte Menschheit als eine einzige große Gemeinde gedacht, in der alle dem gleichen Ziele zustreben, jedes Glied dieser Gemeinde froh und frei und damit glücklich zu machen. Vor diesem großen Ziele sollte aller engherzige Parteilust, alles Vorzuges- und Strebertum erlöschen. Wie klein und gering erscheint uns bei solcher Betrachtung doch der Paß und Stank der täglich in der Arbeiterpresse ausgepöbelt wird, zum Schaden der Gesamtbewegung und zur Freude aller Arbeiterfreunde.

Die Arbeiterpresse steht den Versicherungen der Regierung, den Kohlenbergbau zu sozialisieren, sehr mißtrauisch gegenüber, sie bezweifelt, daß es ihr ernst damit ist. Der „Vorwärts“ fragt, ob sie die Kraft und den Willen finden wird, ihr Versprechen durchzuführen. Die Hamburger Handelskammer hat bereits eine Eingabe an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in welcher dieser dringend davor gewarnt wird, das Experiment zu machen.

Die Fraktion der Unabhängigen Partei hat einen Entwurf für ein Kohlenwirtschaftsgesetz eingebracht. Danach wird die gesamte Leitung der Kohlenwirtschaft einem Reichsrohrentrat übertragen, der die deutsche Kohlegemeinschaft leitet; dieser gehören alle Kohlenwerke an, ob bisher privat oder staatlich. Die Einteilung des Kohlenbergbaues soll in zwanzig Bezirke erfolgen, dem je ein Generaldirektor vorsteht. Die Verteilung des Hausbrandes soll den Gemeinden obliegen.

Die Deutschnationalen stehen diesen Forderungen entschieden ablehnend gegenüber. Sie wollen die alten Zustände wahren und die Monarchie auf alle Fälle wiederhaben.

Die Presse nimmt jeden Tag von Nachrichten über geheime Rüstungen zu einer Patzke, um die Regierung zu kürzen.

Die politische Atmosphäre ist also hochgespannt, an uns liegt es, dem Kopf nicht zu verlieren und bereit zu sein.

Politische Rundschau.

In Brüssel hat Anfang Oktober eine Finanzkonferenz der Vertreter der Kulturstaaten stattgefunden. Die Finanzwirtschaft wird als eine Knäuelung (Inflation) bezeichnet. Im Interesse der Gläubigerländer liege es wenn diese den Schuldnerländern alle möglichen Erleichterungen gewähren, damit sie in der Lage sind, innerhalb kürzester Frist ihre Schulden abzurufen. Ferner erklärte die Konferenz, die Ausgaben für Heeresrüstungen müssen scharf eingeschränkt werden insoweit, als diese Beschäftigung und der nationalen Sicherheit verträglich sei. Der Völkerbundakt wird erachtet, wie den in Betracht kommenden Regierungen zu unterhandeln, damit die Völker, welche die Rüstungen den verarmten Völkern auferlegen, gemindert werden. Internationaler Kredit soll nur solchen Völkern gewährt werden, die ihren Nachbarn gegenüber den guten Willen zum Ausdruck bringen, ihnen wechselseitig Hilfe zu bringen und die innerhalb der eigenen Landesgrenzen fernhält sind, zwischen allen Gruppen der Bevölkerung ein aufrichtiges Zusammenarbeiten zustande zu bringen.

Mit solchen Vorbehalten kann natürlich alles gemacht und alles abgelehnt werden. Jedenfalls müssen wir uns darüber klar sein, daß bei den Lenkern der Finanzkräfte für die einzelnen Länder der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Macht überhaupt liegt. Die Arbeit der Konferenz in Brüssel ist im allgemeinen nicht sehr ergiebig gewesen, alles soll erst noch durch die Kommission getan werden. Es soll eine Benrathstelle geschaffen werden, diese soll geeignete Mittel suchen, um die Kreditoperation zu erleichtern. Was praktisch geschieht, wird natürlich vom Interessentenstandpunkt der Herren beurteilt werden die als Gläubiger der Staaten, der Völker in Betracht kommen.

In diesem Zusammenhange muß man nun die veralteten Anstrengungen betrachten, die besonders von den zeitlichen Leitern des heutigen Rußland ausgehen. Der Kampf richtet sich gegen diese kapitalistische Koalition der Welt, die unseres Trachtens nicht abgewirtschaftet hat, wie oft behauptet wird, sondern im Gegenteil neu gestärkt aus dem Weltkriege hervorgegangen ist. Das internationale Proletariat wird keinen leichten Kampf haben. Der Kampf der Bergarbeiter ist das Vorpiel, wir werden ja bald sehen, ob es ihnen gelingt, Brezche zu legen in den Turm des Kapitals. Nach allem, was wir bisher beobachten konnten gewinnt es mehr und mehr den Anschein, als wenn der Angriff der Bergarbeiter auf das Ausbeutungsprivileg

der Privatkapitalisten noch nicht den erwarteten Erfolg bringen wird. In der Frage der Kohlenwirtschaft kommt allerdings der jetzige Zustand der Förderungsanlagen noch in Betracht. Renner behauptet, daß die technischen Anlagen sich in einem Zustande befinden, daß sie nur mit Staatshilfe zu einer größeren Ertragsfähigkeit insstandgesetzt werden können. Wenn das in dem Umfange zutrifft, dann wäre allerdings zu verstehen, wenn das Unternehmertum seinen Widerstand nicht gar zu lange ausdehnt.

In Kassel tagte der Parteitag der S. P. D. Hier kam es zwischen den Reichswirtschaftsministern A. D. Robert Schmidt und Rudolf Wissell zu einer scharfen Auseinandersetzung über den Ausbau unserer Wirtschaft. Wissell vertrat seine Planwirtschaft, die Schmidt bekämpfte. In der Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft waren sich indes alle Redner einig. Die Revision des Parteiprogramms konnte der Parteitag, wie vorausgesehen war, nicht erledigen. Man hat eine größere Kommission gebildet und mit der Bearbeitung der Materie beauftragt; sie soll dann bestimmte Vorschläge machen. In heutiger Zeit, wo niemand recht weiß, was uns schon der nächste Tag bringen kann, ist es eine besonders delikate Aufgabe, Parteiprogramme aufzustellen die konkrete Forderungen enthalten. Im allgemeinen zeigte dieser Parteitag ein Bild der Geschlossenheit der S. P. D., die sich gegen die Feinde der Arbeiterbewegung richtet und nicht im innern Haude zersplittert.

Der Parteitag der U. S. P. D. tagte zu gleicher Zeit in Halle a. S. Hier drehten sich die Auseinandersetzungen hauptsächlich um die Frage für oder gegen Moskau. Es ergab sich eine Mehrheit von 237 Stimmen für den Anschluß an die Moskauer Kommunisten, dagegen stimmten 156 Delegierte. An den Auseinandersetzungen beteiligten sich die russischen Vertreter Einowjew und Losowsky in äußerst temperamentvoller Art und Weise. Nach der Abstimmung verließ die Minderheit den Saal und tagte für sich weiter. Die U. S. P. D. ist somit gesprengt es bleibt nun abzumachen, welche Haltung die Arbeiter, resp. Mitglieder der U. S. P. D. selbst einnehmen. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind die Organisationen in der Mehrzahl für die alte U. S. P. D. in deren Händen sich auch die meisten Zeitungen befinden. Natürlich wird der Kampf um die Organisationseinrichtungen, Kampfen usw., erst in der nächsten Zeit entbrennen. Dabei muß sich erst erweisen, wozu sich die Mehrheit der Mitglieder der U. S. P. D. wendet ob sie zu den Kommunisten gehen oder der U. S. P. D. treu bleiben. Es gewinnt den Anschein, als wenn in Halle der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) eine größere Anzahl neuer Mitglieder zuströmen werden. Ob die U. S. P. D. dann noch die härtere Partei sein wird, ist recht fraglich.

Die „Freiheit“ schrieb darüber unter anderem: der Fugel der Forderung sei erst durch den Ansprach Moskaus hervorgerufen, welches die deutsche Arbeiterbewegung zu einem Instrument des Exekutivkomitees der Russen machen wolle.

Der „Vorwärts“ hofft, daß die Erkenntnis, daß bei den russischen Vorbildern für die deutschen Arbeiter kein Heil ist, viele in die Arme der alten Sozialdemokratischen Partei zurückführen wird.

Man mag diese Vorgänge betrachten wie man will, der Arbeiterbewegung werden sie nicht den Gewinn bringen, dem die Kommunisten erhoffen und versprechen. Die Wirkung des Drängens und Stürmens nach vornwärts, die der Agitatoren der Kommunisten allenfalls zu danken wäre, erscheint in diesem Zusammenhange allzu teuer erkauft zu werden.

Wie ist es nur möglich daß deutsche Arbeiter sich bereit finden, als Werkzeug einer Politik zu fungieren, auf deren Richtung sie keinem Einfluß haben, bei der sie nur einer fremden Leitung, als Instrument dienen. („Freiheit“ vom 17. Oktober).

Der Kampf um die Kohle könnte vielleicht Folgen nach sich ziehen, die einer Einheitsfront der Arbeitermassen die Wege ebnen. Es gewinnt aber leider den Anschein, als ob es der englischen Bourgeoisie gelingen wird, durch kleine Konzessionen den einheitlichen Zweck dieser Bergarbeiterbewegung zu vereiteln. Nach Fertigstellung dieser Zeilen wird aus Eng'and berichtet daß der Konflikt in der Tat beendet ist. Die Vergleite erhalten eine Lohnzulage von 2 Schilling und verpflichten sich, die Förderung zu steigern.

Am 27. Oktober hat im Deutschen Reichstag der Angler Lehrenbach eine Gesetzesvorlage über die Kohlensozialisierung angekündigt. Gleichzeitig wandte er sich gegen die russisch-kommunistische Propaganda. Er glaubt, daß nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes Neigung haben wird, russische Methoden an deutschen Volke fortzusetzen. Gewalt

müsse mit allen Mitteln der Gewalt abgewehrt werden. Wer zu Moskau schwört, müsse sich klar sein, daß er dadurch den Umsturz des Reiches durch blutige Gewalt und Bürgerkrieg herbeiführen wolle.

Ein erschreckliches Bild von der finanziellen Lage des Reiches und seinen Verpflichtungen gab Minister Birth. Das Reich hat 288 Milliarden Schulden. Die Bilanz der Post zeigt 2 Milliarden, die der Eisenbahn 15 Milliarden Defizit. Es sei tragisch, daß in der Zeit wo die Arbeitererschaft auf den Gang der Dinge politischen Einfluß erlangt hat, der Wehrtwert in gewaltigem Umfang an die Milliarden abfließt. Mit der Notenpresse und Erhöhung der Löhne könne dieser Abfluß nicht ausgeglichen werden.

Die Anzeichen einer Weltwirtschaftskrise sind nicht mehr zu verkennen. Das Reich müsse auf die Haupterwerbszweige und die Naturgüter (Kohle) Einfluß gewinnen. Als Volk werden wir viele Jahre Fronarbeit leisten müssen.

Daß auf die englische Arbeitererschaft zwecks Normarbeitsrechts zur Weltrevolution ernstlich nicht zu rechnen ist, dürfte an dem Ausgang der Bergarbeiterbewegung klar ersichtlich sein.

Korrespondenzen.

Verächtigung. Zu dem Bericht aus Stettin wird berichtet, daß der Bestand der Lokalkasse nicht 255,13, sondern 253,11 Mk. beträgt. Der Antrag Dume wurde angenommen, nicht abgelehnt.

Berlin. (29. 10.) In der Vertrauensmänner-Versammlung der Tapezierer am 18. Oktober entspann sich über die Arbeitslosenfrage eine längere Debatte. Es ergab sich, daß alle Kollegen von dem Jubinde beehelst sind, ihren arbeitslosen Kollegen sobald als möglich und soweit es in ihrer Macht steht, zu helfen. Ein Antrag Kielmeier, welcher auffordert, jointly mit den Unternehmern Verhandlungen anzubahnen, zwecks Reduzierung der Arbeitszeit auf 38 Stunden, um dadurch wenigstens die am längsten arbeitslosen Kollegen unterzubringen, wurde angenommen. Die Erledigung dieser Angelegenheit wurde den Kollegen Graemann, Wide und Garbe übertragen. Diese sind verpflichtet, zu versuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sobald als möglich ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Walter Garbe.

Magdeburg. (28. 10.) Versammlung vom 22. Oktober. Anwesend 80 Kollegen. Nach erfolgter Abrechnung vom 3. Quartal wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Blum, hielt dann ein Referat über die Zukunft der deutschen Gewerkschaften. In fesselnder Rede schilderte er die wirtschaftliche Lage und die Zukunft unserer Berufe. Reicher Beifall lohnte die Rede. Als Redakteur bzw. Stellvertreter zur Bezirksbildungs-Kommission für die Handwerkerbetriebe werden die Kollegen Buchel, Günther, H. Brull, Brauer, Mirra und Guthmann gewählt. Ueber den letzten Versammlungsbericht, der vom Zentralvorstand zurückgeschickt wurde, entspinnt sich eine längere Debatte. Kollege Blum schlägt vor, den Bericht einschließlich der Resolution zurückziehen, oder wenigstens abzuändern; die Versammlung läßt sich jedoch nicht überzeugen; so daß eine Einigung nicht erzielt wird. Wegen vorgerückter Stunde wird die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung, welche am 3. November stattfindet, zurückgestellt. Paul Martens.

München. (26. 10.) Versammlung der Reiseartikelbranche vom 14. Oktober. Nach den Wahlen

zur Arbeitsgemeinschaft wurde bemängelt, daß für die ledigen Kollegen gar keine Lohnzulage bei den Tarifverhandlungen erreicht wurde. Auch die Zulagen für die Verheirateten und die Grundlöhne der Arbeiterinnen sind, gemessen an der ständig zunehmender Teuerung, ganz ungenügend. Auf Antrag Jung wird beschlossen: die Kollegen der Reiseartikelbranche fordern erneut, daß auch Südbayern oder München zu den Tarifamtstiftungen zugezogen werden. Sie protestieren dagegen, daß der bereits früher gestellte entsprechende Antrag keine Beachtung gefunden hat. Kollege Jung begründete den Antrag und bemängelte, daß die Informationen vor und nach Tarifamtstiftungen ungenügend sind, da sie immer erst ein paar Wochen später in der Zeitung erscheinen. Was bei den Treibernern möglich, sollte auch in unserer Branche möglich sein. Bemängelt wurde auch, daß die größeren Firmen keinen Vertreter in unsere Branchenversammlung sandten. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese sich künftig ihrer Pflicht bewußt sein mögen. Karl Jung.

Spandau. (28. 10.) Versammlung vom 20. Oktober. Der Kassenbericht ist, trotz zahlreicher Unterstützungsauszahlung, ein guter. Bestand der Lokalkasse 1710 Mk. Ueber die Reichsarbeitsgemeinschaft referierte Kollege Gottschalk. Berlin: Die Reichsarbeitsgemeinschaft sei parteiisch insofern, als nur die Interessen der Unternehmer vertreten werden. Die Vertreter sind nicht gewählt, sondern gleich bestimmt worden. Er, Redner, ist nur auf Verlangen der Zentrale in diese Gemeinschaft eingetreten, und zwar um zu lernen, damit nicht später der Vorwurf käme, er hätte davon keine Ahnung. Gottschalk erinnerte an das Vergehen der Arbeitsgemeinschaft in der Frage der Entschädigung der Kurzarbeiter. Das habe ihm den letzten Anstoß zu seiner Stellungnahme gegen die Arbeitsgemeinschaft gegeben. Dann machte er auf die hohen Unkosten aufmerksam die unsere Verbandskasse zu tragen hat trotz dieser ungenügenden Gegenleistungen. Eine Resolution Gottschalks wurde einstimmig angenommen. Zur Wahl des Verbandsbeirats wurde Kreier aufgestellt. Wichmann als Kartelldelegierter berichtet, daß unsere Gewerkschaft 10 Anamen- und Waisenspieler wählen müsse. Es wurden Jaquet, Kreier, Lemm, Köhling, Gernies, Kummer, Schulz, Pruschwitz, Köhler und Krzywda gewählt. P. Weder.

Schwerin (Medlb.). (26./10.) Versammlung vom 23. Oktober. Der Kassenbericht vom 3. Quartal wurde nach kurzer Debatte angenommen. Der Kollege Jacobs, Wertführer einer ersten Firma, erklärte sich bereit, einen Vortrag über: „Herstellung von Klummböbeln“ zu halten. Wir hatten aber nicht mit dem Arbeitgeber Herrn Wiefert gerechnet. Dieser glaubt, es ständen Geschäftsgeheimnisse auf dem Spiele und erklärte J., die Firma wünscht nicht, daß der Vortrag gehalten wird. Soll dadurch dem Verband eins ausgewischt werden, dann ist das falsch, das ist ja lächerlich. Sechs hier anässige Kollegen hat die Firma Wiefert im letzten halben Jahr entlassen und nun die Sorge um die Geschäftsgeheimnisse? Die alte Geschichte: erst Verhüllungszücherei en gros; nimmt sich dann der Verband der jungen Kollegen an und will für Weiterausbildung sorgen, dann lehnt sich das Unternehmertum noch dagegen auf. Bei passender Gelegenheit werden es die Herren zu hören bekommen. Dann hielt uns Kollege Felsmann einen lehrreichen Vortrag, dem eine interessante Debatte folgte.

Streiks und Lohnbewegungen.

An alle Ortsverwaltungen!

Die in den Autojattlereien tätigen Kollegen werden gebeten, sich zu vergewissern, bei Ankunft auswärtiger Wagen, die halbzeitig laziert zur Fertigstellung der Polsterung ihnen überwiesen werden, ob dieselben aus dem Streikgebiet Köln kommen. Wenn ja, werden sie gebeten, ihren Kölner Kollegen gegenüber Solidarität zu üben und die Fertigmachung zu verweigern. Jede gewünschte Auskunft erteilt: Die Ortsverwaltung Köln, Seberingstraße 199. Telephon A 137.

Braunsdewig. (Tapezierer.) Bei den Verhandlungen wurde ein Zuschlag von 50 Pf. pro Stunde bewilligt.

Köln. (Wagen- und Autobau.) Seit dem 23. Oktober stehen die Arbeiter dieser Branche im Streik. Schon Mitte Juni wurde von uns der Lohnantrag gekündigt und um Verhandlungen nach-gesucht. Die Unternehmer lehnten Lohn-erhöhungen ab und folgten auch nicht dem wiederholten Drängen nach Verhandlungen. Auch die Schlichtungsstelle griff nicht ein da die Unternehmer eine Verhandlung verweigerten. Anfang Oktober wurden die Juniforderungen erneut gestellt. Diesemal erfolgte überhaupt keine Antwort. Es gelang aber doch, zu Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zu kommen. Dieser setzte nun statt der Erhöhung der Löhne einzig eine Kopplung für die Familienmitglieder der Arbeiter fest, trotzdem die Arbeiterschaft dieses vorher einhellig abgelehnt hatte. So wurde dieser Schiedsspruch natürlich abgelehnt und beschlossen, die Arbeit einzustellen. Anzweihen haben einige Betriebe bereits bewilligt. Galtet den Zug nach Köln fern! Auch die Tapezierer stehen in der Lohnbewegung.

Stolz. (Tapezierer.) Es wurde vereinbart, daß rückwirkend ab 15. Oktober in den Möbel-fabriken eine Lohn-erhöhung von 15 Proz. eintritt. Der Lohn beträgt nunmehr 5,06 Mk.

Hannau. In dem Lederwaren-betrieb, da der Inhaber entzogen den Bestimmungen des Betriebsräte-gesetzes Entlassungen vornahm.

Witten a. d. Ruhr. Die Differenzen bei der Firma Justin Abe sind noch nicht behoben.

Verbandsnachrichten.

Kassierer! Vorsicht!

Uns wird berichtet, daß ein fremder Mann bei der Frau unseres Kassierers in W. erschien. Er komme aus Berlin und wolle die Kasse revidieren. Die Frau wies den Menschen ab, der sich nicht ausweisen konnte. In heutiger Zeit können unlautere Elemente leicht auf die nämliche Weise ihr Glück versuchen wollen. Deshalb Vorsicht, Kassierer, damit nicht die Euch anvertrauten Gelder Unberufenen in die Hände fallen!

Versammlungskalender.

Stuttgart. Am 16. November Branchen-versammlung (Tapezierer), abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Adressenänderungen.

Schwerin (Medlb.). Die Adresse des neuen Kassierers lautet: Artur Schwarzer, Apothekerstr. 20.

Sterbetafel. Berlin. Am 21. Oktober starb der Kollege Emil Müller (Sattler) im Alter von 64 J. — Am 25. Oktober starb Kollege Paul Amelung (Portefeuller) im Alter v. 58 Jahren. Ehre ihrem Andenken.

Sportattler die auf Fußball-eingearbeitet sind, für Dauerstellung gesucht. A. Hafemeier & Co., Arefeld, Uerdinger Str. 104.

Portefeuller sicherer Arbeiter, auf Damen-, Hand- und Besuchs-Taschen sofort gesucht. A. Terfort, Magdeburg Reglerungsstraße 12.

Otto Dietsch, Leipzig-Li. Fernruf 3340! Lütznerstr. 8 Fernruf 3340! Spezialgeschäft sämtl. Polstermaterialien. Tapezierer-Werkz. u. g., Posamenten. Solide Preise. :: :: Prompte Bedienung.

Hans F. Weltgeschichte Helmolt 7. Aufl. von A. Tille. Mit etwa 1000 Text-bildern, 300 bunten und schwarzen Tafeln und 60 Karten. 9 Bände in Kunsthalbleder gebunden (Erschienen sind die Bände I-V, Band VI soll etwa Ende 1920 folgen. Diese „Weltgeschichte“ ist die einzige, die tatsächlich eine Geschichte der gesamten Menschheit bietet, da sie, nach Friedrich Ratzel in geographischer Anordnung und ethnographischer Betrachtungsweise durchgeführt, auch die Geschichte der halbkultivierten und sogenannten „schichtlosen“ Völker behandelt. Der Weltkrieg und seine Folgen werden ebenfalls zur ausführlichen Darstellung kommen.

Zahlstelle Hamburg Stiftungsfest am Sonntag, 14. November, im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, bestehend in Preisbeurteilungen, Vorträgen, Reigentänzen u. gr. Fußball unter gest. Mitwirkung namhafter Künstler und Mitgliedern des Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Anfang 3 1/2 Uhr. Preis der Karte einchl. Steuer u. Garde-robe 4 Mk. pro Person. Erwerbslose Mitglieder und deren Frauen frei.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksturlorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungen - Aktiengesellschaft Hamburg 5.